

Prozesse	2
Sprengstoff zum "Nervenkitzel" Im Münchner Neonazi-Prozess bestreiten die Angeklagten konkrete Attentatspläne – eine entscheidende Rolle spielt möglicherweise die V-Mann-Frage. "Nürnberger Prozess" „Sachwalter des Deutschen Reichs“ vor Gericht.	
Rechte Szene	4
Ein "Ehrenmann" Politische Schulungen auf dem „Heisenhof“ / Neonazis applaudieren Ex-General Günzel. Aufmarsch-Marathon In Recklinghausen, Dortmund und Duisburg demonstrieren Neonazis gegen „Polizeiwilkkür“. Auch am 24. Dezember soll ein Aufzug stattfinden. Gruseliges Szenario Die NPD hat in Schleswig-Holstein ihre Bereitschaft zur Gewalt offen gezeigt. Freizeitmusikanten Zwei Rechtsanwälte aus Baden-Württemberg sind seit langen Jahren auch in der braunen Musik-Szene aktiv. "Weiter so" Die Republikaner folgen knapp dem Kurs ihres Vorsitzenden. Bei der NPD zeigt man sich enttäuscht und hofft auf einzelne „Volksfrontler“. Faible für Kriegsspiele In SS-ähnlichen Uniformen der Leibstandarte Adolf Hitler stellen Mitglieder einer Organisation Schlachten aus dem Zweiten Weltkrieg nach. Zum Führungszirkel gehört auch ein ehemaliger V-Mann. "Volksfeinde" Christian Worch unterstützt Berliner Neonaziaufmarsch. Ideologie und Musik Die „Hammerskins“ feiern ihr Jahresfest und gedenken ihrer „Märtyrer“.	
Blick in die Zeitgeschichte	11
Tage der Erinnerung Das kommende Jahr bietet Anlass, zahlreicher Daten der jüngeren deutschen Geschichte zu gedenken.	
Rezensionen	12
Keine Relativierung Massenmorde im 20. Jahrhundert Der gute Ton Ein Nachschlagewerk zur Rassismus und Sprache.	
Ausland	13
Russische Patrioten Verbotene rechtsextreme Partei ist weiter aktiv.	
Grauzone	14
"Mitten im Kulturkampf" Abtrünnige der Deutschen Partei haben eine weitere Mini-Partei gegründet.	
Meldungen	15

Prozesse

Sprengstoff zum "Nervenkitzel"

Im Münchner Neonazi-Prozess bestreiten die Angeklagten konkrete Attentatspläne – eine entscheidende Rolle spielt möglicherweise die V-Mann-Frage.

Martin Wiese (28) kommt immer mehr in Bedrängnis. Nachdem der Chef der Münchner Neonazi-Truppe „Kameradschaft Süd“ zu Beginn des Prozesses um die angeblichen Anschlagspläne auf das neue Jüdische Zentrum von seinem Stellvertreter bereits schwer belastet worden war, hat jetzt ein früherer Vertrauter ausgepackt. „Seit Wiese nach München gezogen war, ist er immer fanatischer geworden“, berichtete Andreas Joachim im Zeugenstand. Joachim schilderte dem Gericht nicht nur die Beschaffung von Waffen und Sprengstoff sondern erzählte auch von über das Bombenattentat hinausgehenden Plänen und Diskussionen innerhalb der „Kameradschaft“. Die Bundesanwaltschaft wirft den Angeklagten die Bildung einer terroristischen Vereinigung vor.

Joachim besorgte im Frühjahr 2003 nach eigener Aussage auf Anfrage Wieses sechs Pistolen, die dieser dann mit seinem Stellvertreter Alexander Maetzing in Mecklenburg-Vorpommern abholte. Wiese hatte offenbar auch Maschinenpistolen geordert, die Joachim jedoch nicht beschaffen wollte. Das sei ihm zu heiß gewesen, so der Zeuge. Und Wiese wollte offensichtlich noch mehr: Laut Joachim soll dieser geplant haben, sich ein Scharfschützengewehr zuzulegen, „um Killer zu werden.“ Der frühere Freund des Hauptangeklagten Wiese steht derzeit in einem parallel laufenden, nichtöffentlichen Prozess vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht mit weiteren Mitgliedern der „Kameradschaft Süd“ vor Gericht.

Wiese selbst will sich nicht zu den Vorwürfen der Bundesanwaltschaft äußern. Sein „Vize“ Alexander Maetzing ist hingegen umso redseliger. Er räumte zu Beginn ein, dass innerhalb der so genannten Schutzgruppe, dem inneren Zirkel der „Kameradschaft“, mehrmals über ein Attentat auf das jüdische Zentrum gesprochen worden sei. „Der 9. November war ein Reizthema.“ Maetzing (28) der wie Wiese und der Mitangeklagte David

Schulz (22) aus der ehemaligen DDR stammt, bestritt jedoch, dass konkrete Pläne geschmiedet wurden. Ziel der „Kameradschaft“ sei hingegen gewesen, „gewaltfrei politisch zu arbeiten. Wir wollten das Land ändern nicht zerstören“. Mit Antisemitismus hätten die Diskussionen über einen Anschlag auf das jüdische Zentrum im Übrigen nichts zu tun gehabt. „Keinen von uns kann man als Antisemiten bezeichnen“, beteuerte Maetzing.

Er gab weiter an, dass er das Risiko eines Anschlags wegen der Sicherheitskontrollen bei der Grundsteinlegung am 9. November 2003, an der zahlreiche hochrangige Gäste teilnehmen sollten, als zu groß erachtete. Wiese war jedoch offenbar anderer Auffassung: „So ein Ding am Jakobsplatz wäre schon ein Riesenzeichen“, soll der Anführer laut Maetzing gesagt haben.

„Nationalsozialistischer Staat in Light-Form“

Maetzing hatte bei den Vernehmungen durch die Polizei im vergangenen Jahr umfassende Angaben gemacht, die er jetzt im Prozess relativierte. Ein Polizeibeamter charakterisiert Maetzings Angaben vom September 2003 heute so: „Das war kein Ringen um eine Aussage, das war ein Herausprudeln.“ Maetzings Verteidiger beantragte, die damalige Vernehmung für nicht verwertbar zu erklären, denn darin hätten Erkenntnisse aus einem nach Ansicht der Verteidigung rechtswidrigen Lauschangriff eine Rolle gespielt. Wie Maetzing wehrte sich auch der Mitangeklagte Karl-Heinz Statzberger (24) gegen den Vorwurf, es habe konkrete Attentatspläne gegeben. Man habe vielmehr versucht, „Kameraden von Gewalt abzuhalten.“ Waffen und Sprengstoff habe man lediglich zum „Nervenkitzel“ besorgt. „Manche machen Bungee-Jumping, wir machen halt solche Sachen“, sagte Statzberger. Die Neonazis „trainierten“ auch mit so genannten Soft-Air-Pistolen im Münchner Umland und betrieben Wehrsport: Statzberger erklärte das den Richtern so: „Die Körperertüchtigung war nur sportliche Betätigung.“ David Schulz winkte gleichfalls ab, was konkrete Anschlagspläne betrifft: Man habe nur davon gesprochen, einen Schweinekopf auf den Jakobsplatz zu legen, „weil dann das Gelände nicht mehr koscher gewesen wäre“. Was Schulz

auch sagte: „Wiese wollte einen nationalsozialistischen Staat in Light-Form.“

Laut Anklageschrift sollen die Männer den politischen Gegner, so etwa den SPD-Fraktionsvorsitzenden im bayerischen Landtag Franz Maget, ausgespät haben. Auch Anti-Antifa-Listen wurden gefunden: Ein weibliches Mitglied der „Schutzgruppe“ absolvierte eine Lehre bei der Postbank und hatte dort Zugang zu Daten von politischen Widersachern. Die „Schutzgruppe“ agierte unter strenger Geheimhaltung. Wenn eine Uhrzeit ausgemacht wurde, verwendeten die Angeklagten Verschlüsselungen wie 1488. 14 steht für die „14 words“ des amerikanischen Rechtsextremisten David Lane, die 88 steht nach den Buchstaben des Alphabets für „Heil Hitler“.

Maetzing war im Juli 2003, zwei Monate vor Wiese, auf Grund anderer Ermittlungen festgenommen worden. Im Spätsommer 2003 wurde dann ein Großteil der Führungsgruppe der „Kameradschaft“ inhaftiert.

Bereits in den Jahren zuvor war Wiese umtriebigster Akteur in der Münchner Neonazi-Szene. Nach seiner Geburtstagsfeier in einer Gaststätte wurde ein Grieche schwer misshandelt. Norman Bordin, Gründer der „Kameradschaft Süd“, war bei der Schlägerei mit dabei und wurde zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Wiese übernahm im Anschluss die Führungsrolle bei der „Kameradschaft Süd“. Bordin, der inzwischen eine „Kameradschaft München“ anführt und seit einigen Wochen NPD-Mitglied ist, weilte zum Prozessauftakt unter den Zuhörern.

Eine Frage, die im weiteren Prozessverlauf eine möglicherweise entscheidende Rolle spielen könnte, ist die nach der Rolle des V-Mannes Didier M. Wieses Verteidigerin Anja Seul sieht ihren Mandanten nämlich als Opfer des Verfassungsschutz-Spitzels, der Wieses „Inspiration und zweites Gehirn zugleich“ gewesen sei. Sollte sich dies bewahrheiten, könnte dies einer Verurteilung im Weg stehen. Bereits das NPD-Verbotsverfahren scheiterte am Vorgehen des Verfassungsschutzes. Der Prozess in München wird am 20. Dezember fortgesetzt.

Magnus Bosch

"Nürnberger Prozess"

„Sachwalter des Deutschen Reichs“ vor Gericht.

Gerd Ittner phantasiert von historischer Größe. DVU und NPD sind ihm längst zu klein geworden; auch mit manchen „freien“ Kameraden hat er sich überworfen. Nun träumt er davon, politisch das ganz große Rad zu drehen. Als „Sachwalter des fortbestehenden Deutschen Reiches und Vertreter des (in Deutschlands einzig geltender Verfassung verankerten) Nationalsozialismus“ wähnt sich der 46-jährige Zirndorfer. Seit Ende November muss er sich vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Beschimpfung von Religionsgemeinschaften, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen und Verunglimpfung des Staates verantworten. Vorwürfe, die keine Seltenheit sind in Verfahren gegen Neonazis. Doch der bekennende Nationalsozialist will in grandioser Selbstüberschätzung die Vorzeichen des Prozesses umkehren. So als sei er der Ankläger, schreibt er von einem „Schlüsselprozess im Freiheitskampf des Deutschen Volkes zur Abwicklung des BRD-Regimes und zur Wiederherstellung der vollen staatlichen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“. Die Verhandlung nennt er, scheinbar historische Analogien bildend, den „Nürnberger Prozess“ – ein „nicht legitimates und völkerrechtswidriges“ Verfahren: Ittner quasi in einer Reihe mit Göring und Heß.

Eine Fülle von Zitaten hat die Staatsanwaltschaft zusammengetragen, deren Verlesung Ittner wiederholt mit zustimmendem Kopfnicken quittierte. Ittner habe unter anderem „das ungeschmälerte Lebensrecht“ von Juden bestritten, sie als unterwertige Menschen bezeichnet und die Verbrechen des NS-Regimes geleugnet, so die Anklage. Fünf Verhandlungstage waren ursprünglich vorgesehen, doch damit kam das Gericht nicht aus. Prozesse gegen Vertreter der „Reichsbürgerbewegung“ – das zeigt auch das Berliner Verfahren gegen Horst Mahler – drohen auszufern. Und wie Mahler hält es auch Ittner: Er gibt langatmige Erklärungen ab, die wenig mit der Anklage zu tun haben, sich eher an die Anhänger im Zuhörerraum richten.

Tomas Sager

Rechte Szene

Ein "Ehrenmann"

Politische Schulungen auf dem „Heisenhof“ / Neonazis applaudieren Ex-General Günzel.

Die Kameraden aus Winsen an der Luhe reisten als erste an. Sie halfen den Neonazis von Riegers „Heisenhof“ im niedersächsischen Dörverden den Veranstaltungsort im alten Bundeswehrcasino herzurichten. Da örtliche Heizöllieferanten sich zunächst geweigert hatten, das Neonazi-Zentrum zu beliefern, mussten sich die Vortragsteilnehmer für ihre erste politische Schulung am 20. November warm anziehen.

Auf Einladung des jüngst neu gewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten, Florian Cordes aus Achim, reiste der vorbestrafte NPD-Referent Peter Naumann für einen Vortrag an. Naumann gilt in nationalistischen Kreisen als Sicherheitsexperte, seine Themen umreißen unter anderem „Ausgeruht den Feind erwarten“, „Überwachen, Beschatten und Abhören – Methoden der Observation“ oder „Bomben aus zweiter Hand – Die Lockspitzel des Verfassungsschutzes“. Am 3. November bereits hatte er im neuen Neonazi-Treffpunkt Heilshoop in Schleswig-Holstein über seine Strategien im politischen Kampf referiert.

Der niedersächsische Verfassungsschutz räumt ein, dass auf Riegers Heisenhof ein „Strategiezentrum, im Zusammenspiel zwischen NPD und freien Kameradschaften“, entstehen könnte. Insider glauben, dass Rieger auch bei den „Volksfront“-Gesprächen zwischen NPD-Führung und führenden Kameradschaftern eine wichtige Rolle gespielt haben könnte. Die NPD soll stark um den engagierten Rechtsextremisten buhlen.

Unter den anreisenden Teilnehmern befanden sich junge Neonazis von der „Kameradschaft Hanseatic“ und den Freien Nationalisten um Andreas Hackmann aus Bremen, der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Adolf Dammann kam aus Buxtehude. Der zum Bundesordnertrupp der NPD gehörige Andreas Hemann lud massenweise Bücher und Propagandamaterial aus dem Wagen. So soll nach Insiderangaben demnächst eine eigene

Bibliothek auf dem Heisenhof errichtet werden. Insgesamt nahmen etwa 20 Personen an der Schulung teil, die bis in den späten Abend reichte.

Ähnliches Publikum drängte wenige Tage später, am 25. November, in den Saal des noblen Hotels „Niedersachsenhof“ in Verden an der Aller. Der wegen seines Lobes für die antisemitischen Äußerungen von Martin Hohmann gefeuerte ehemalige Brigadegeneral Reinhard Günzel hielt vor 120 Zuhörern einen Vortrag über „das Ethos des Offiziers am Beispiel der Affäre Hohmann/Günzel“. Geladen hatte die Deckmantel-Initiative Unabhängige Bürgergemeinschaft Achim-Verden der beiden Unternehmensberater Rathjen und Fricke, beworben wurde die Veranstaltung in der „Deutschen Stimme“ und der „Jungen Freiheit“.

Während die NPD/JN-Anhänger um Florian Cordes und Sascha Schüler für den Saalschutz sorgten und unliebige Gäste aussortierten, begrüßten sich norddeutsche Neonazis. Die Bremer Freien Nationalisten Hendrik Ostendorf und Andreas Hackmann waren in zwei Gruppen mit jungen Kameraden angereist, NPD-Mann Adolf Dammann lief an Parteikamerad Görmann aus Bremen vorbei, direkt auf Cordes zu und Ursula Haverbeck unterhielt sich lebhaft mit Rigolf Hennig. Alte Männer mit Krückstock beschimpften die Journalisten, die das Gelände nur ohne Kamera und unter Kontrolle betreten durften. Günzel spielte sich als „Opfer links-imperialistischer Pressehetze“ auf und tat das einschlägige Publikum als harmlos ab: „Ich komme auf Einladung, ich suche mir die Foren nicht aus“.

Anstatt den kontrollierten Tönen des Ex-Generals zu lauschen, tauschten die jungen Neonazis vom „Heisenhof“ Erfahrungen mit Kameraden aus Hamburg aus und bereiteten sich auf ihre Fahrt nach Sachsen zum Parteitreffen in Mücka vor. Von drinnen erklang lauter Applaus. Günzel bekam Zustimmung auch für seine auf die „Bundeswehr angewandte Evolutionstheorie“, wie die Verdener „Aller-Zeitung“ schreibt, als er sagte: „von einem Offizier darf man erwarten, dass er sein Leben an anderen Prinzipien ausrichtet als an den Maximen einer Amöbe“. Als Günzel endete, eilte die Rechtsextremistin Ursula Haverbeck ans Mikrophon und lobte ihn als „Ehrenmann“.

Andrea Röpke

Aufmarsch-Marathon

In Recklinghausen, Dortmund und Duisburg demonstrieren Neonazis gegen „Polizeiwillkür“. Auch am 24. Dezember soll ein Aufzug stattfinden.

Den diesjährigen Heiligabend werden sich Polizeibeamte aus dem Ruhrgebiet gemütlicher vorgestellt haben. So aber müssen sie für die ordnungsgemäße Abwicklung eines neonazistischen Aufmarsches in Recklinghausen sorgen. Anlass ist ein rechtes Konzert am 13. November. An jenem Abend sollten in einer angemieteten Halle im Stadtteil Suderwich die Bands „Kategorie C“, „Confident Of Victory“, „Berserker“ und „Outlaw“ auftreten, deklariert als „Geburtstagsparty“. Gastgeber soll laut Lokalpresse der Chef der „Kameradschaft Dortmund“, Siegfried Borchardt, gewesen sein.

Doch aus der Party wurde nichts. Antifaschisten erfuhren von der Planung und informierten die Öffentlichkeit. Polizei und Repräsentanten der Stadt Recklinghausen schalteten sich ein. Gerade eben erst hatte das Konzert begonnen, da war es auch schon wieder zu Ende. Der sich getäuscht fühlende Vermieter kündigte telefonisch den Mietvertrag, eine Einsatzhundertschaft der Polizei bat daraufhin die bis zu diesem Zeitpunkt angereisten 200 Partygäste zum Ausgang. Den Rauswurf konnte auch der vor Ort weilende Rechtsanwalt der Konzertveranstalter, André Picker aus Dortmund, nicht verhindern. Dieter Riefling, ehemaliger Recklinghäuser FAP-Chef und späterer „Blood&Honour“-Aktivist, meldete sich aus Niedersachsen zu Wort: „Demo's anmelden! Am besten im dutzend!!!“

Und so kam es dann auch: „Wenn unsere Feiern mit unserer Musik nichtmal Abseits der Öffentlichkeit geduldet werden, dann veranstalten wir diese gerne auch mal mitten auf den Straßen“, vermeldete der „widerstandDO“ im Internet. Ihrer Strategie folgend, auf „Schikanen“ mit permanenter Präsenz zu reagieren, meldeten Borchardt & Co. unter dem Motto „Musikfreiheit ist auch Meinungsfreiheit“ gleich sechs Aufmärsche bis Jahresende an, fünf in Recklinghausen und einen in Dortmund. Der vorläufig letzte soll am 24. Dezember stattfinden. Starttermin für diesen Aufmarschmarathon war der späte Nachmittag

des 27. November. Zur Mobilisierung genutzt werden konnte an diesem Tag eine Demonstration im 40 Kilometer entfernten Duisburg. Zirkum 150 der 250 Teilnehmer des Duisburger Aufmarsches reisten geschlossen nach Recklinghausen weiter, weitere 20 gesellten sich vor Ort hinzu. Diese Teilnehmerzahl reduzierte sich an den folgenden Samstagen allerdings auf ungefähr die Hälfte.

In Duisburg hatte sich die Szene am 27. November mit einem ähnlichen Anliegen wie in Recklinghausen zusammengefunden, um „Gegen Polizeischikane und Knüppelinsätze“ zu demonstrieren. Anlass war ein gescheiterter Versuch, am 30. August an einer Montagsdemonstration in Duisburg teilzunehmen. Hierbei waren diverse Neonazis in Polizeigewahrsam genommen worden. Insbesondere die „Autonomen Nationalisten“ aus dem Ruhrgebiet sowie der Kölner Kreis um den Anmelder Axel Reitz mobilisierten daraufhin zu Protestaktionen. Insgesamt riefen rund 30 Neonazi-Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet auf, darunter auch die nordrhein-westfälische NPD, aus deren Reihen jedoch kein Redner auftrat. Stattdessen durfte Sebastian Schmidtke aus Berlin gegen jedwede Zusammenarbeit „Freier Kräfte“ mit der NPD und anderen Parteien wettern: „Wer hat uns verraten – Nationaldemokraten!“ Forenbeiträgen im Internet zufolge schien aber nicht nur der NPD die ausgrenzende und verbalradikale Linie der „Autonomen Nationalisten“ zu weit zu gehen. Kritisiert wurde außerdem der „Schwarze Block“ und die Auswahl der über den Lautsprecherwagen weit hörbaren Musik, die provokanterweise großteils aus Liedern linker Bands bestand.

Insgesamt scheinen unter den Aktivisten der Neonazi-Szene in NRW die Befürworter einer „Volksfront“ mit der NPD in der Mehrheit zu sein. Und für Aufmarsch-Marathons wie in Recklinghausen und in Dortmund reicht es andersorts auch nicht. Als von Seiten der Polizei kürzlich auch in Bottrop ein Rechts-Rock-Konzert unterbunden wurde, blieben Aktionen aus: „Es wird keine demo in Bottrop geben“, vermeldete der „widerstandDO“. Siegfried Borchardt: „Aufgefallen ist uns, daß Kameraden, für die wir eigentlich ... auf die Straße gegangen sind, nämlich die Konzertgänger, nur spärlich vertreten sind.“

Pierre Briegert

Gruseliges Szenario

Die NPD hat in Schleswig-Holstein ihre Bereitschaft zur Gewalt offen gezeigt.

Der Wahlkampfauftakt der schleswig-holsteinischen NPD am Samstag, den 4. Dezember in Schleswig-Holstein begann mit gewalttätigen Ausschreitungen. Die Auseinandersetzungen zwischen Gegendemonstranten und den Anhängern des Ordnerdienstes um Manfred Börm gingen so weit, dass Zivilpolizisten zwei Warnschüsse in die Luft feuern mussten.

Den Wolf ins Schafspelz zu quetschen, darum bemühte sich nur NPD-Landespressesprecher Ingo Stawitz. Zuständig für die Medienvertreter lotste er sie vom Schleusungspunkt „Bahnhof Tornesch“ zum Veranstaltungsort in Steinburg bei Itzehoe. An der Eingangstür des kleinen altmodischen Landhotels postierte bereits Börms Hardcore-Truppe und die machten keinen Hehl daraus, was sie von der Anwesenheit kritischer Fremder hielten. Über 100 Gäste, darunter viele ältere Männer und Frauen, aber auch unzählige Glatzen und Scheitelträger bevölkerten den urigen Saal. Die Kapelle des ehemaligen Schillpartei-Mitglieds Kay Oeckel, genannt „Landsturm“, schmetterte Marschmusik. Links an der Wand mit der vergilbten braunen Tapete bauten die Neonazis um Jörn Lemke ihren Stand mit Zeitschriften und Flugblättern auf. Sie warben für den „Durchblick“ des „Holsteiner-Widerstandes“ aus Lübeck, für die „Braune Hilfe“ mit Sitz in Neumünster und stellten das neue Heft „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ unter Leitung von Tobias Thiessen vor. Rechts vorne vor dem Tisch der NPD-Kandidaten residierten die sächsischen Neu-NPDler Frank Rohleder (Bundesvorstandsmitglied) und Kerstin Lorenz, beide ehemalige REP-Spitzenfunktionäre. Dahinter saßen regionale Vertreter der DVU und der Republikaner. Die Freien Kräfte wurden unter anderem von Martin Engelbrecht aus Neumünster und Christiane Dolscheid vom „Club 88“ vertreten.

NPD-Landtags-Spitzenkandidat Uwe Schäfer, überließ dem 26-jährigen Jens Lütke die Versammlungsleitung und dem Parteivorsitzenden Udo Voigt das Recht auf die erste Rede. Die dau-

erte endlos, Voigts Parolen wie „Hartz IV ist Armut per Gesetz“ und seine vornehmlich einfachen Lösungen wie die einer nationalen Volkswirtschaft, „die Spekulantentum und undeutsches Unternehmervverhalten abstrafft“, riefen nur laue Begeisterung hervor. Die Stimmung im Saal schien auf dem Nullpunkt, als plötzlich Unruhe aufkam, NPD-Pressesprecher Klaus Baier aufstand und „alle kräftige Männer“ aufforderte, mit nach draußen zu kommen. Die meisten Neonazis stürzten sofort aus dem Raum.

Auf der gegenüberliegenden Straßenseite hatte sich eine kleine Gruppe verummter Gegendemonstranten mit einem großen schwarzen Banner aufgestellt, sie zeigten keine Anzeichen, näher heranzukommen. Da flogen Steine. Die NPDler, wie wild geworden, rissen Decken und Vasen von den Tischen, griffen sich Holzstühle als Schutzschilde, jemand piffte zum Angriff und sie stürzten auf die Gegendemonstranten zu. Die Jagd auf die kleinere Gruppe wurde eröffnet, allen voran die Ordnertruppe des vorbestraften Börm. Eine junge Frau, die nicht verummt und zu langsam war, wurde zu Boden gerissen und leicht verletzt. Andere wurden niedergeschlagen. Die Situation schien zu eskalieren, als immer mehr NPD-Anhänger aus dem Gasthof stürzten. Uniformierte Polizei war nicht vor Ort, darum schoss ein Zivilbeamter zwei Mal in die Luft.

„Als Hecht im Karpfenteich“

Danach kam auch NPD-Chef Voigt auf die Straße und ließ sich von Börm die Situation erklären. Ein Kameramann berichtete davon, sogar einen der NPD-Kandidaten beim Steinewerfen beobachtet zu haben. Die Neonazis wurden in den Saal zurückbeordert. Voigt griff die geladene Stimmung auf und schlug jetzt radikalere Töne an, er schwadronierte von der ersten Aktion nach der Machtergreifung („Wenn wir 51 Prozent hätten“), dann soll „als erstes die Überfremdungsfrage“ angegangen werden. Unheilvoll klangen seine Worte, als er davon sprach Ausländer in den „Zug nach Hause“ zu setzen. Uwe Schäfer verglich abschließend in seiner Rede die NPD im Landtag mit dem „Hecht im Karpfenteich“.

Das Szenario beim Wahlkampfauftritt der Neonazis war gruselig. Nicht nur die stramm stehenden Ordner in ihren blütenweißen Hemden sondern auch biedere ältere Herren haben ihre Bereitschaft zur Gewalt offen gezeigt. Ansonsten wird die Radikalität in Schleswig-Holstein besonders den freien Kameradschaften nachgesagt. Aber seit dem 4. Dezember kann die NPD nicht darüber hinwegtäuschen – auch, wenn sie zu kaschieren versucht, indem sie den vorbestraften Heino Förster von Platz 3 ihrer Landesliste zurückzieht. Nach Angaben des Stoertebeker-Netzes soll der immer noch als Direktkandidat in Lauenburg kandidieren. Förster ist ebenso wenig Unschuldslamm wie seine Partei – er aber wurde als Drahtzieher eines Überfalls auf ein Flüchtlingsheim 1995 vom Landgericht Schwerin unter anderem wegen versuchten Mordes zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Andrea Röpke

Freizeitmusikanten

Zwei Rechtsanwälte aus Baden-Württemberg sind seit langen Jahren auch in der braunen Musik-Szene aktiv.

Der rechtsextreme Jurist und Musiker Alexander Heinig wurde kürzlich von „Spiegel-TV“ einem größeren Publikum vorgestellt. In der am 27. November ausgestrahlten Sendung konfrontierte das Magazin Heinig mit dessen politischen und musikalischen Aktivitäten, die der abzustreiten und zu verharmlosen suchte. Fakt ist aber, dass der in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart arbeitende und in der benachbarten Barockstadt Ludwigsburg wohnhafte Heinig seit Jahrzehnten der rechtsextremen beziehungsweise Skinhead-Szene angehört. Seine Aktivitäten könnten ihm allerdings Probleme mit der Anwaltskammer einbringen. Probleme, wie sie der Reutlinger Rechtsanwalt Steffen Hammer

schon hat. Im August dieses Jahres erklärte die Rechtsanwaltskammer Tübingen, sie habe derzeit keine Handhabe, Hammer auszuschließen. Anlass war, dass die örtliche Staatsanwaltschaft entschieden hatte, kein Ermittlungsverfahren infolge eines Konzert-Auftritts im Jahr 2003 gegen den rechten Juristen einzuleiten. „Spiegel-TV“ zeigte im Oktober des vergangenen Jahres den auf Scheidungsfragen spezialisierten Rechtsanwalt bei einem seiner Auftritte als Frontmann und Sänger von „Noie Werte“.

Die beiden Rechtsanwälte musizierten einst gemeinsam bei der Musikgruppe „Noie Werte“, der Steffen Hammer seit Ende der 80er Jahre angehört. Alexander Heinig engagiert sich seit 1996 als Sänger und Bassist bei der Band „Ultima Ratio“. Beide Gruppen zählen zum Umfeld der verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour“. Hammer und Heinig waren Anfang der 90er Jahre bei der in Stuttgart angesiedelten Skinhead-Organisation Kreuzritter für Deutschland beziehungsweise deren Organ „Die Burg“ aktiv.

Als Frontmann und Sänger von „Noie Werte“

Im Oktober verteidigte das rechte Anwalts-Duo Heinig und Hammer zwei der drei wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen angeklagten Neonazis Andreas Enzmann (28), Jörg Milch (27) und Martin Schild (29) vor dem Karlsruher Landgericht. Die drei führenden Kader aus Karlsruhe hatten die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ für eine Bandansage des NIT Karlsruhe und im Internet verwendet. Der zu sechs Monaten Bewährungsstrafe verurteilte Student Milch, er gilt als Kopf der Karlsruher Kameradschaft, hatte die Bandansage des Nationalen Infotelefon formuliert. Der Elektroinstallateur Enzmann hatte in seiner Eigenschaft als Betreiber des NIT den Text samt Parole im Oktober 2001 auf das Band des Anrufbeantworters in Karlsruhe-Forchheim gesprochen. Er wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 800 Euro verurteilt. Ebenfalls zu einer Geldstrafe in Höhe von 600 Euro wurde der Karlsruher Schild verurteilt. Er hatte die nun inkriminierte NS-Parole im Januar 2002 im Internet eingestellt.

Ulrike R. Kreutzer

"Weiter so"

Die Republikaner folgen knapp dem Kurs ihres Vorsitzenden. Bei der NPD zeigt man sich enttäuscht und hofft auf einzelne „Volksfrontler“.

Björn Clemens hielt seiner Partei den Spiegel vor. Sie spiele längst „nicht mehr um die Meisterschaft, sondern gegen den Abstieg“. Stillstand, Langeweile, Mutlosigkeit attestierte der stellvertretende Parteichef seinen Republikanern. Mit seiner Kandidatur gegen den Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer beim Bundesparteitag im fränkischen Veitshöchheim machte er deutlich, wen er für diesen beklagenswerten Zustand verantwortlich macht. Eine Mehrheit der Delegierten konnte er freilich nicht überzeugen: Mit 145 zu 99 Stimmen setzte sich Schlierer gegen Clemens durch. Für ein „Weiter so“ entschied sich die 58-Prozent-Mehrheit der Delegierten damit. Sie wollen ganz einfach daran glauben, dass es mehr ist als nur eine leere Beschwörungsformel, wenn ihr alter und neuer Vorsitzender sagt: „Ich spüre, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

Ein wenig abgeschwächt wurden die Abgrenzungsbeschlüsse der Partei. Im umstrittenen Ruhstorfer Beschluss hatte es noch geheißen: „Wir Republikaner lehnen jegliche Zusammenarbeit mit NPD oder DVU kategorisch ab.“ Ihn ersetzten die Delegierten mit 95-prozentiger Mehrheit durch ein „Bekenntnis zur Demokratie“. Von der DVU ist darin nicht mehr die Rede. Die Republikaner, so heißt es nun, lehnten „eine Beteiligung an einer ‚rechten Volksfront‘ ebenso wie eine Zusammenarbeit oder einen Zusammenschluss mit solchen Parteien kategorisch ab, die unseren Staat oder die freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen wollen“. Und weiter: „Daher kommen insbesondere gemeinsame Aktivitäten und Kandidaturen mit der NPD bei deren derzeitigen Zielen oder gar mit neonationalsozialistischen Organisationen und deren Umfeld nicht in Betracht.“ REP-Chef Schlierer formulierte Medienberichten zufolge deftiger: „Wer behauptet, die NPD sei der richtige Koalitionspartner, dem kann ich nur sagen: einmal Lump, immer Lump!“ Und: „Mit diesen Lumpen können wir nicht zusammenarbeiten.“

Schlierer bevorzugt andere Verbündete – solche die „die sich den gleichen Zielen verpflichtet se-

hen und sich uneingeschränkt zum Grundgesetz bekennen“. Zwei von ihnen durften Grußworte abliefern: DSU-Chef Roberto Rink und sein Pendant von der Deutschen Partei (DP), Heiner Kappel. Allerdings haben beide auch in den Augen vieler Republikaner den Nachteil, dass die Bataillone, die hinter ihnen stehen, reichlich dünn sind und sich – zumindest im Fall der DP – an der Frage einer Kooperation mit der Schlierer-Truppe vollends zu entzweien drohen. Den DP-Vorsitzenden Kappel jedenfalls hat dessen Bundesvorstand erst einmal ausgebremst und die von Schlierer, Kappel und Rink publizierte „Frankfurter Erklärung“ zerpfückt.

Schlierers neuer Vorstand dürfte etwas homogener sein. Zwar gehört ihm weiterhin auch sein Kritiker Björn Clemens als Vize an. Doch da sind als Stellvertreter auch noch die nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Uschi Winkelsett, die mit 163 Stimmen das beste Ergebnis erzielte, sowie die Landeschefs aus Bayern und Hessen, Johann Gärtner und Haymo Hoch, der sich erst im zweiten Wahlgang gegen den sächsischen Parteivorsitzenden Martin Kohlmann durchsetzte. Vor allem Winkelsett und Gärtner gelten jenen Mitgliedern an der Parteibasis, die das Gespräch und die Zusammenarbeit mit der NPD suchen, als Hardliner in Sachen Abgrenzung.

Enttäuscht wurden die Erwartungen der NPD an den Parteitag. Deren Vorsitzender Udo Voigt hatte die Hoffnung geäußert, „dass die Republikaner nach ihrem Bundesparteitag unsere ausgestreckte Hand nicht länger zurückschlagen werden“. Auf ihrer Homepage beklagte die NPD, „Realitätsverlust und Hasstiraden“ würden zunehmend Denken und Handeln der REP-Chefetage prägen: „Die Schlierer-REPs pfeifen aus dem letzten Loch.“ Die NPD sieht die Republikaner „eingequetscht in der selbst aufgestellten Falle der ‚Political Correctness‘. Juniorpartner und Korrektiv von CDU/CSU werden sie niemals werden, und auch die sich anbahnende nationale Renaissance auf parlamentarischer Ebene werden sie nur als Zaungäste begaffen und begeistern dürfen“. Wenn schon nicht die Republikaner als Ganzes zur Zusammenarbeit bereit sind, so hofft die Voigt-Truppe doch, dass zumindest einzelne Mitglieder bei der rechten „Volksfront“ Unterschlupf suchen.

Tomas Sager

Faible für Kriegsspiele

In SS-ähnlichen Uniformen der Leibstandarte Adolf Hitler stellen Mitglieder einer Organisation Schlachten aus dem Zweiten Weltkrieg nach. Zum Führungszirkel gehört auch ein ehemaliger V-Mann.

Bei Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des 1995 gegründeten Europäischen Darstellungsverins für lebendige Geschichte (EDLG) in Bad Oeynhausen, Bielefeld, Minden, Hamburg und in Mecklenburg-Vorpommern hat die Polizei mehrere Waffen, darunter Maschinenpistolen und ein Maschinengewehr, einen Magnum-Trommelrevolver, 2,5 Kilo Schwarzpulver sowie Munition beschlagnahmt. Ermittelt wird jetzt wegen des Verdachts waffenrechtlicher Verstöße und wegen möglicher Verbrechen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz.

Unter dem Deckmantel der „Re-Enactment-Bewegung“ (Enactment = Darstellung, Inszenierung) versuchen Mitglieder des Europäischen Darstellungsverins für lebendige Geschichte nationalsozialistisches Gedankengut zu verbreiten. Der EDLG versteht sich als Mitgliedsorganisation der weltweiten „Re-Enactment-Bewegung“. Mit möglichst originalgetreuen Uniformen und Ausrüstungsgegenständen sollen historische Schlachten nachgestellt werden.

Vorbild des deutschen Zweiges der EDLG ist die Waffen-SS. In nachgestellten Kampfhandlungen im benachbarten Ausland, Tschechien und der Slowakei, treten die aktiven Teilnehmer überwiegend in den Uniformen der früheren Leibstandarte Adolf Hitler (LAH) auf und spielen Schlachten des Zweiten Weltkrieges nach. In der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ schaltete der EDLG jüngst einen Nachruf für Otto Kumm, vormalig SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS, später Gründer der HIAG. Etwa 30 der 80 Mitglieder des EDLG werden vom Staatsschutz der rechtsextremen Szene zugeordnet.

Nach Darstellung von Polizei und Staatsanwaltschaft gehört der im Gefolge der Hausdurchsuchungen in Bad Oeynhausen festgenommene und inhaftierte 31-jährige Peter Schulz zum Führungszirkel des nicht eingetragenen Vereins. Der

justiz- und polizeibekannte Rechtsextreme ist mehrfach wegen Verstößen gegen das Waffengesetz und anderer Delikte verurteilt. Er war unter anderem Anfang der 90er Jahre stellvertretender Vorsitzender der Herforder Republikaner und bis 1995 „Oberscharführer“ der von ihm 1992 gegründeten Wehrsportgruppe „Heimatschutzkorps Ostwestfalen-Lippe“. Das 13 Mann umfassende „Heimatschutzkorps“ übte an Wochenenden im Wald in SS-ähnlichen Uniformen und mit Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg Sturmangriffe.

Die Waffen-SS als Vorbild

1993 wurde Schulz vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz mit einem monatlichen Agentenlohn von 500 Mark plus Spesen als Informant angeworben. Informationen aus der Szene lieferte er sowohl vom In- als auch vom Ausland. So hielt sich „Fraga“ (Schulz) im September 1994 in einem Wehrsportlager bewaffneter litauischer Nationalisten in der Nähe von Klaipeda auf. Im April 1995 traf er sich mit Kadern der griechischen Neonazi-Truppe Golden Dawn in Athen. Die Aussagen von V-Mann „Fraga“, Mitglied der NSDAP/AO im Range eines „Party Officer“, waren gar ein Bestandteil der Anklage gegen Gary Rex Lauck, dem Kopf der NSDAP/AO, bei dessen Prozess 1996 in Hamburg. Eine Nacht vor Prozessbeginn gegen den prominenten Neonazi Lauck wurde Schulz' Wohnung von Unbekannten angezündet. Das Hardcore-Neonazi-Blatt „Freie Stimme“ riet Schulz: „Häng' dich auf!“ Zeitweilig soll der Ex-Spitzel Schulz auch Mitglied der NPD gewesen sein.

Ärger hat Schulz jetzt nicht nur wegen der Ermittlungen hinsichtlich des Verdachts waffenrechtlicher Verstöße und wegen möglicher Verbrechen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz sondern auch mit dem Finanzamt. So soll Peter Schulz, der keiner geregelten Arbeit nachgeht, in Tschechien eine Immobilie besitzen, in der Ausrüstungsgegenstände aufbewahrt werden.

Anton Maegerle

"Volksfeinde"

Christian Worch unterstützt Berliner Neonazi-aufmarsch.

Für den 4. Dezember hatte die neonazistische Berliner Alternative Süd-Ost (BASO) zu einer Demonstration für die Einrichtung „nationaler Jugendzentren“ im Bezirk Treptow-Köpenick aufgerufen. Anmelder des Aufmarsches war der ehemalige Berliner NPD-Funktionär und jetzige BASO-Anführer René Bethage, der schon zwei Wochen zuvor eine Demonstration gegen „Anti-fa-Terror“ in Berlin-Lichtenberg durchführte.

Unterstützt wurde der Aufruf von einem Dutzend Berliner Kameradschaften, darunter die „Kameradschaft Tor“, deren „Mädelgruppe“ Bethage für die „aktive Vorbereitungsarbeit“ dankte, der „Märkische Heimatschutz“, die „Autonomen Nationalisten“ und der „Nationale Widerstand Berlin-Brandenburg“. Als besonderer Gast war Christian Worch aus Hamburg angereist, der einen mit Horst-Wessel-Portraits geschmückten Lautsprecherwagen zur Verfügung stellte und es sich nicht nehmen ließ, die Demonstration anzuführen.

Von 1300 Polizisten abgeschildert, legten rund 250 vorwiegend jüngere Neonazis eine fast sieben Kilometer lange Wegstrecke zurück. Nachdem während einer Zwischenkundgebung drei Teilnehmer wegen des Skandierens eines Goebbels-Zitates in Gewahrsam genommen worden waren, sorgte Worch dafür, dass der Aufmarsch über eine Stunde angehalten wurde. Erst als die Polizei drohte, die Demonstration aufzulösen, setzten sich die Neonazis wieder in Bewegung. Während des Aufmarsches sorgte der von Worch aus Hamburg mitgebrachte Alexander Hohensee für Musik und gab Parolen wie „Nie wieder Israel!“ vor. Worch schwadronierte in seiner Schlussansprache von „Volksfeinden“ und „der Gebärfreudigkeit türkischer Mütter“.

Die BASO zählt zu den aktivsten Berliner Kameradschaften. Aktivisten fielen unter anderem durch schwere Gewalttaten, Hausbesetzungen und Störungen von SPD- und PDS-Veranstaltungen auf.

Clemens Berg

Ideologie und Musik

Die „Hammerskins“ feiern ihr Jahresfest und gedenken ihrer „Märtyrer“.

Zwei gekreuzte Hämmer zieren das Logo der „Hammerskins“, eine der gefürchtetsten und gewaltbereitesten Neonazi-Gruppierungen der USA. Sie stehen symbolisch für das Einreißen von Türen, hinter denen sich ihre Feinde – Nichtweiße, Juden oder Homosexuelle verbergen. Anfang Dezember begingen Mitglieder und Gäste des Dachverbandes „Hammerskin Nation“ in Atlanta einen „Tag der Märtyrer“. Gedacht werden sollte dabei auch dem 20. Todestag des bekannten Neonazis Robert J. Mathews. Als Kopf der paramilitärischen Gruppe „The Order“ verübte Mathews Anfang der 80er-Jahre eine Reihe von Raubüberfällen und ermordete den jüdischen Radiomoderator Alan Berg, bevor er 1984 bei einem Feuergefecht unweit von Atlanta vom FBI getötet wurde. Mit einer Mahnwache wurde an das von Mathews erbrachte „ultimative Opfer für die gemeinsame Sache“ erinnert, bevor sich das Publikum schließlich bei einem Rockkonzert von einschlägig bekannten Bands wie „Youngblood“, „Definite Hate“ oder „Hammerhead“ einheizen ließ.

Die Verbindung von Ideologie und Musik ist weiterhin die Paradedisziplin der rassistischen „Hammerskins“, die mindestens zehn Ableger in europäischen Staaten unterhalten. Im Oktober hatten sich wieder mehrere 100 Skinheads und andere Rechtsextremisten auf einem Schießplatz nahe der Stadt Detroit eingefunden, um das alljährliche „Hammerfest“ zu feiern. Auch zahlreiche Sympathisanten aus Frankreich, Polen und Deutschland wurden unter den Gästen gesichtet. Gleichzeitig nutzte das mit den Hammerskins eng verbundene rechtsextreme Musik-Unternehmen „Panzerfaust Records“ die Veranstaltung als regionalen Startschuss für „Phase 2“ der Verbreitung der Hass-Rock-CD „Project Schoolyard“ (Projekt Schulhof). Rund 20 000 der kostenlosen Propaganda-Sampler wurden laut Panzerfaust-Manager Byron Calvert bereits unter US-amerikanischen Schülern verteilt, 80 000 weitere sollen folgen. Zusätzlich sollen die Songs im Internet zum Download bereitgestellt werden.

Michael Funk

Blick in die Zeitgeschichte

Tage der Erinnerung

Das kommende Jahr bietet Anlass, zahlreicher Daten der jüngeren deutschen Geschichte zu gedenken.

Wie in den zurückliegenden Jahren gibt der „blick nach rechts“ auch diesmal zum Jahreswechsel einen Überblick über geschichtliche Daten, die sich in 2005 jähren. Das kann die Erinnerungsarbeit unterstützen und helfen, auch die NS-Zeit kritisch zu überdenken. Ging es 2004 unter anderem um den Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939, die Landung der Westalliierten in der Normandie und den Aufstand der Bevölkerung Warschaus 1944 – Erinnerungen, zu denen Gerhard Schröder als erster deutscher Regierungschef eingeladen war, so gilt der Rückblick 2005 nicht nur, aber doch auch, der Befreiung Europas vom NS-Schrecken. Bundeskanzler Gerhard Schröder wird an den Gedenkfeiern in Moskau Anfang Mai teilnehmen.

Die bnr-Chronik beginnt mit dem Jahr 1920. Am 13. Mai versuchte eine Gruppe von Rechtsextremisten, die frei gewählte, demokratisch legitimierte Regierung in Berlin durch einen Staatsstreich zu stürzen. Der Versuch heißt unverändert „Kapp-Putsch“ nach seinem Anführer Wolfgang Kapp. Der Putsch scheiterte zum Glück am Widerstand demokratischer Frauen und Männer.

Fünf Jahre später, am 5. Oktober 1925, begannen im Schweizer Kurort Locarno die Verhandlungen zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern und Deutschland über Fragen der deutschen Rüstung und ihrer Sicherheit vor einem erneuten deutschen Überfall. Berlin war verhandlungsbereit und ebnete sich durch Zugeständnisse den Weg zur Rückkehr in die Völkergemeinschaft. Die schrecklichen Verluste und Zerstörungen des Ersten Weltkrieges wirkten unverändert. Doch nur drei Jahre nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler kündigte das braune Berlin diesen auf Frieden ausgerichteten Vertrag (7. März 1935). Hitler wollte das entmilitarisierte Rheinland besetzen, was er denn auch 1936 tat, ohne Proteste der Westalliierten. Es war sein erster Test auf die Nachgiebigkeit der Alliierten. Hitlers Kalkül ging auf. Der Weg zur Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei war frei.

Innenpolitisch folgten 1935 der Ausbau der NS-Macht und der Terror gegen links. Am 27. März 1935 werden die gesamte „Leitung Inland der KPD“ verhaftet, am 17. August alle Freimaurerlogen aufgelöst, am 15. September mit den „Nürnberger Gesetzen“ die deutschen Juden ausgegrenzt. Sie waren nun keine Staatsbürger mehr. Etwa zeitgleich nahmen die drei Ordensburgen Crössinsee in Ostpreußen, Sonthofen im Allgäu und Vogelsang in der Eifel ihre Arbeit auf, den NS-Führungsnachwuchs zu schulen. Am 25. Juli 1935 wird die berüchtigte „Legion Condor“ aufgestellt, – eine Einheit der Reichsluftwaffe mit 16 000 Männern, die den Faschisten-Chef Franco im Kampf gegen die spanischen Republikaner unterstützen sollten und dies auch gnadenlos taten. Am 1. Dezember wird die „Hitler-Jugend“ zur Staatsjugend erklärt und am 13. Dezember gründet SS-Chef Heinrich Himmler den „Lebensborn“. Der baute über das Reich verstreut Heime, in denen ledige Mütter gut betreut ihre Kinder zur Welt bringen konnten.

Das Jahr 1940 steht im Zeichen des Zweiten Weltkrieges, der bekanntlich am 1. September 1939 begonnen hatte. Am 9. April 1940 überfällt die Wehrmacht Dänemark und Norwegen. Am 4. Juni verlässt das geschlagene britische „Expeditionsheer“, das Frankreich im Kampf gegen Deutschland hatte helfen sollen, fluchtartig Europa. Sechs Wochen später, am 16. Juli, befiehlt Hitler, die Landung auf der britischen Insel vorzubereiten. Am 27. September 1940 schließen die „Achsenmächte“ Deutschland, Italien und Japan den „Drei-Mächte-Pakt“, auch „Stahlpakt“ genannt. Und am 18. Dezember 1940 befiehlt Hitler die Vorbereitung des „Falls Barbarossa“, also den Überfall auf die UdSSR, und zwar noch vor der Kapitulation Englands.

Politisch nimmt 1940 die „Rassenpolitik“ an Brutalität zu. Polen hatte am 18. September 1939 kapituliert. Sofort setzt vor allem die Verfolgung der polnischen Juden ein. Am 29. April 1940 beginnt in Warschau der Bau des Ghettos, in dem später um die 400 000 Juden ermordet werden oder umkommen. In den besiegten Niederlanden setzten die antijüdischen Maßnahmen bereits am 3. Juni 1940 ein. Am 1. August wird das KZ Groß Rosen bei Breslau eingerichtet. Zwei Wochen später, am 15. August, legt der Chef des Judenreferats im SS-Reichssicherheitshauptamt, Adolf Eichmann, SD-Chef Reinhard Heydrich den „Madagaskar-Plan“ vor, nach dem alle Juden auf

diese Insel deportiert werden sollten. Am 13. September droht die Gestapo den etwa 4000 Juden in Luxemburg mit der Deportation, wenn sie nicht am nächsten Tag das Großherzogtum verlassen. Der folgende Tag war Yom Kippur, der höchste jüdische Feiertag, an dem nichts getan werden darf.

1945 ist einerseits das Jahr der Befreiung. Auf der anderen Seite steht an seinem Ende die Eröffnung des ersten NS-Prozesses. Aber der Reihe nach: 5. Januar: Der letzte Deportationszug verlässt Berlin mit dem Ziel Auschwitz. 12. Januar: Die Rote Armee setzt zu ihrer Offensive auf Berlin an. Am 25. Januar wird das KZ Stutthof bei Danzig befreit, am 27. Auschwitz. Der 30. Januar 1945 ist der letzte Tag, an dem Hitler übers Radio spricht. Bereits drei Monate vor dem Ende des NS-Regimes, nämlich am 2. Februar 1945, treffen sich die künftigen Siegermächte in Jalta, um über die Neuordnung Europas zu beraten. Mit der Besetzung der letzten unzerstörten Rheinbrücke bei Remagen am 7. März ist für die Westmächte der Weg ins Ruhrgebiet frei. Am 11. März übernehmen im KZ Buchenwald Häftlinge die Lagerleitung. Am 19. März beginnt die Evakuierung des KZ Flossenbürg in Bayern. Am selben Tag erteilt Hitler seinem Rüstungsminister Albert Speer den „Nero-Befehl“, alle Industrie- und Versorgungslager zu zerstören. Speer tut das nicht. Am 9. April wird in Dachau einer der mutigsten Widerstandskämpfer ermordet: Georg Elser, der am 9. November 1939 versucht hatte, Hitler in München umzubringen. In den folgenden Tagen werden alle KZs in Deutschland befreit, als letztes Mauthausen in Oberösterreich am 5. Mai 1945. 48 Stunden darauf, am 7. Mai, kapituliert das „Reich“ im französischen Reims gegenüber den Westalliierten, zwei Tage später in Berlin vor der Roten Armee. Und schon am 20. November 1945 müssen einige Spitzenvertreter des NS-Regimes in Nürnberg auf der Anklagebank Platz nehmen.

Am 11. Mai 1960 – vor 45 Jahren – nimmt der israelische Geheimdienst in Argentinien Adolf Eichmann fest. Im ersten deutschen Auschwitzprozess in Frankfurt/Main beginnt am 20. August 1965 der Vorsitzende Richter mit der Verlesung der Urteile.

Heiner Lichtenstein

Rezensionen

Keine Relativierung

Massenmorde im 20. Jahrhundert

Die Massenvernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg ist aufgrund ihrer Besonderheiten als historisch singulär anzusehen. Es handelte sich dabei aber keineswegs um den einzigen Fall von Massenmorden im 20. Jahrhundert.

Auf bekannte wie unbekannte Kriegsverbrechen und Völkermorde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts macht das vom Fritz Bauer Institut herausgegebene Jahrbuch 2004 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust aufmerksam. Die 13 Beiträge widmen sich unter anderem dem Genozid an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika 1904 bis 1908, dem Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs, dem Gaskrieg gegen die Rif-Kabylen in Spanisch-Marokko, den Kolonialverbrechen des faschistischen Italien in den 1920er und 1930er Jahren, dem Terror des Stalinismus auf der Folie des Nationalsozialismus, der Rolle von John Rabe bei den japanischen Massakern von Nanking und den antisemitischen Ausschreitungen von Polen im Raum von Jedwabne zwischen 1939 und 1941.

Überwiegend handelt sich es um gut belegte Aufsätze von Kennern der Materie, die häufig einen Einblick in bislang nur ungenügend berücksichtigte Aspekte geben. Darüber hinaus veranschaulicht die Konzeption des Bandes, dass die Erinnerung an andere Massen- und Völkermorde keineswegs mit einer Relativierung des Holocaust einher gehen muss, sondern sich gerade in der vergleichenden Betrachtung seine historische Bedeutung zeigt.

Armin Pfahl-Traugber

Fritz-Bauer-Institut (Hrsg.), *Völkermord und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Jahrbuch 2004 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust*, Campus-Verlag, Frankfurt/Main 2004, 339 S., 29,90 €

Der gute Ton

Ein Nachschlagewerk zur Rassismus und Sprache.

Eine Vielzahl von Begriffen, die sich formal-sprachlich auf den Kontinent Afrika beziehen, jedoch einen diskriminierenden und rassistischen Inhalt transportieren, werden oft gedankenlos verwendet. Um mehr Sensibilität und Bewusstheit im Umgang mit Sprache zu ermöglichen haben die Berliner Wissenschaftlerinnen Susan Arndt und Antje Hornscheidt das (sprach-)kritische Nachschlagewerk „Afrika und die deutsche Sprache“ herausgegeben. Sie und ihre Mitautorinnen zeigen anhand zahlreicher Beispiele, auf welch tief verwurzelten Vorurteilen und Verallgemeinerungen viele Begriffe basieren, die im Zusammenhang mit Ländern Afrikas, Schwarzen oder Afrodeutschen verwendet werden.

„Wörter wie ‘Neger’, ‘Mohr’ oder ‘Mischling’ beispielsweise zementieren die Weiße Vorstellung von biologistischen Gruppeneinteilungen, -zugehörigkeiten und -kategorisierungen als wissenschaftlich fundiert und dienen damit auch zur Pseudolegitimation des biologistischen Konstruktes ‘Rasse’“, schreiben die Herausgeberinnen. Auch ein vermeintlich wertneutraler Begriff wie „Ethnie“ bilde ein überkommenes Verständnis der Welt und ihrer Einteilung ab, heißt es weiter: „Analog zu seiner ethymologischen Herkunft und im Duktus der colour-blindness wird auch ‘E.’ in der Regel nur in Bezug auf nicht-westliche Gesellschaften beziehungsweise ‘Nicht-Weiße Kulturräume’ verwendet...“

Insgesamt 32 offen oder latent rassistische Begriffe unterziehen die Autorinnen einer kritischen Analyse – etwa Bastard/Bastardin, Buschmänner, Häuptling oder Schwarzafrika. Außerdem geben sie in einem weiteren Kapitel den Lesern ein Instrumentarium zum kritischen Lesen von Texten an die Hand und listen abschließend eine kommentierte Übersicht deutschsprachiger Literatur zu Rassismus und Sprache auf.

Gudrun Giese

Susann Arndt/Antje Hornscheidt (Hrsg.), Afrika und die deutsche Sprache, Unrast-Verlag, Münster 2004, 266 S., 16,00 €

Ausland

Russische Patrioten

Verbotene rechtsextreme Partei ist weiter aktiv.

Mit Transparenten und Schildern mit antisemitischen Parolen zogen mehrere hundert rechte Sympathisanten durch die Straßen Moskaus, um gegen das Vorgehen der russischen Regierung gegen den Rechtspopulisten Boris Mironow zu protestieren. Gegen den ultra-nationalistischen Politiker liegt ein Haftbefehl wegen Volksverhetzung und Anstiftung zum Rassenhass vor. Offiziell angemeldet war die Veranstaltung am 13. November als „Kundgebung zur Unterstützung russischer Patrioten“ auf den Namen einer slawischen Journalistenvereinigung. Die Fäden im Hintergrund zog allerdings einmal mehr die seit Beginn des Jahres verbotene Nationale Großmachtspartei (NDPR), in der Mironow den Posten eines Vizevorsitzenden bekleidet.

Slogans wie „Juden sind die Plage der Gesellschaft“ oder die rhetorische Forderung nach Ausweisung aller Juden aus dem russischen Reich hätten auch von Mironow selbst stammen können. Bereits während seiner Amtszeit als Minister für Presseangelegenheiten unter Boris Jelzin (1993-94) liefen Medien und Menschenrechtsorganisationen Sturm gegen die radikalen Ansichten des Rechtsaußenpolitikers. Anfang 2002 nahm Mironow in Moskau an einer von dem US-amerikanischen Magazin „Barnes Review“ organisierten Revisionisten-Konferenz teil und schrieb später das Vorwort für die russische Ausgabe eines antisemitischen Buches des amerikanischen Rechtsextremisten David Duke. Auch andere NDPR-Funktionäre waren durch unverhohlene antisemitische oder fremdenfeindliche Äußerungen aufgefallen. In Dokumenten der Partei finden sich unter anderem die Forderungen, den Judentum als gesetzeswidrig anzuerkennen und Staatsämter nicht mit Personen zu besetzen, die mit „Nicht-Russen“ verwandt oder verheiratet sind. Parteichef Viktor Korchagin ist Geschäftsführer eines Verlages, in dem unter anderem mehrere Auflagen von Hitlers „Mein Kampf“ erschienen sind.

Michael Funk

Grauzone

"Mitten im Kulturkampf"

Abtrünnige der Deutschen Partei haben eine weitere Mini-Partei gegründet.

Einen neuen Stern am Parteien-Himmel will Reinhold Thiel zum Glücken bringen. Ob ihm das tatsächlich gelingen wird, bleibt abzuwarten und scheint aufgrund bisheriger Erfahrungen eher unrealistisch zu sein. Auf jeden Fall hat der Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft in Bremen und stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) einen Anfang gemacht. Er gründete jetzt in der Hansestadt die Deutsche Christliche Partei (DCP), die sich in der Tradition der 1866 geschaffenen wertkonservativen Hannoverschen Landespartei wähnt.

Die DCP bekennt sich zu einem „Europa der Vaterländer“ und begreift sich als „Partei der deutschen christlichen Konservativen und Patrioten“. In einem Forderungskatalog wird unter anderem verlangt, dass die Zuwendungen an Sozialhilfempfhänger und Arbeitslose auf ein Minimum beschränkt und diese Personen – sowie „Arbeitsunwillige“ – zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden sollten. Die DCP befürwortet außerdem gesonderte Einrichtungen für Schüler, „die aufgrund ihres unangepassten Verhaltens den Unterricht der übrigen Schüler in auffällig störender Weise behindern“. Deutschland sei kein Einwanderungsland; eine Familienzusammenführung wird abgelehnt.

Ein besonderes Herzensanliegen der neuen Mini-Partei ist auch die bessere Unterstützung der Landsmannschaften in Form von kostenfrei überlassenen Räumlichkeiten und höheren Geldzuwendungen. Ziel: „Das kulturelle Erbe der Ostprovinzen“ dürfe nicht in Vergessenheit geraten.

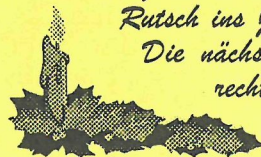
Kennern der ultrarechten Szene dürften Thiel und einige seiner DCP-Mitstreiter keine Unbekannten sein. Denn vor zwei Jahren waren sie bei der Bürgerschaftswahl in Bremen für die Deutsche Partei (DP) angetreten. Reinhold Thiel betätigte sich damals als Spitzenkandidat und Landesvorsitzender. Mittlerweile distanziert er sich in teuren Tageszeitungsinseraten von der DP, „die bis in die

Spitze hinein von Kräften unterwandert war, die einen Schulterschluss mit DVU und NPD suchten und auch sonst Ziele verfolgten, die wenig geeignet waren, Seriosität auszustrahlen“. Die Deutsche Partei mit ihrem Bundesvorsitzenden Heiner Kappel an der Spitze scheint allerdings die Abspaltung von Thiel und einigen seiner Weggefährten auch Wochen nach der DCP-Gründung noch nicht zur Kenntnis genommen zu haben. Denn auf den Internet-Seiten der DP findet sich beispielsweise ein Statement des ehemaligen Bremer Landesvorsitzenden zum Thema „Kulturkampf“: „Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Wir befinden uns bereits mitten in einem Kulturkampf. Wenn es uns nicht in großer Mehrheit gelingt, dass wir uns auf unsere christlich-abendländischen Wurzeln besinnen, werden wir von den bereits weltweit operierenden islamischen Terroristen hinweggemordet und fristen schließlich das Dasein von Heloten in einem dumpfen Umfeld von Intoleranz und Unfreiheit.“

Thomas Klaus

Im eigenen Sinne

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2005.



Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint wegen der Weihnachtspause wieder am 7. Januar 2005.

Meldungen**Neonazis kandidieren auf NPD-Landesliste**

Essen – Die NPD hat auf einem Landesparteitag am Sonntag, den 5. Dezember die Kandidaten für die NRW-Landtagswahlen im Mai nächsten Jahres bestimmt. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt wurde auf den ersten Platz der Reserveliste für die Landtagswahl gewählt. Auf den nächsten Plätzen folgen der Landesvorsitzende Stephan Haase sowie mit Claus Cremer und Timo Pradel zwei seiner Stellvertreter. Auch in NRW sucht die Partei den Schulterschluss mit den so genannten „Freien Nationalisten“: Auf die Listenplätze 8 und 10 wurden mit Christian Malcoci und Daniela Wegener zwei ihrer Exponenten gewählt. Malcoci war zuletzt vor allem bei der neonazistischen niederländischen NVU aktiv; Wegener führte vor ihrem Umzug nach Bochum bei den „Freien“ im Sauerland Regie. Die Platzierung der beiden solle „ein eindeutiges Zeichen für den praktischen Aufbau einer Volksfront von Rechts sein“, meinen „Kameradschaften“ in einer von der NPD verbreiteten Stellungnahme. Ralph Tegethoff, der neben Thomas Wulff und Thorsten Heise zu den Protagonisten der Zusammenarbeit zwischen „Freien“ und NPD gerechnet wird, kam auf Platz 13. Auch die DVU ging bei der Aufstellung der Liste nicht völlig leer aus: Ihr Dortmunder Ratsmitglied Axel Thieme wurde auf Listenplatz 15 gewählt. (ts)

Prozess gegen Holocaust-Leugner

Belgien (Kortrijk) – Der Holocaust-Leugner Siegfried Verbeke ist Ende November in seinem flämischen Heimatort Kortrijk verhaftet worden und wird, wie belgische Behörden bestätigen, nach Deutschland ausgeliefert werden. Verbeke ist Gründer und Kopf des seit 2002 verbotenen Forschungsvereines „Vrij Historisch Onderzoek“ (Freie Historische Forschung), über deren Webseiten viele in der Bundesrepublik indizierte Publikationen bekannter Revisionisten vertrieben werden. Die presserechtliche Verantwortung für

das Internetangebot der Organisation liegt seit einigen Jahren bei dem deutschen Holocaust-Leugner Germar Rudolf, über dessen in England ansässigen Verlag „Castle Hill Publishers“ mittlerweile auch der komplette Buchversand abgewickelt wird. Erst 2003 war Verbeke von einem belgischen Gericht wegen seiner Aktivitäten zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Grundlage für die erneute Inhaftierung ist ein neuer EU-Haftbefehl. Deutsche Strafverfolgungsbehörden hatten bereits seit längerem auf die Ausstellung gedrängt, um dem 63-jährigen Revisionisten auch den Prozess machen zu können. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffle

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

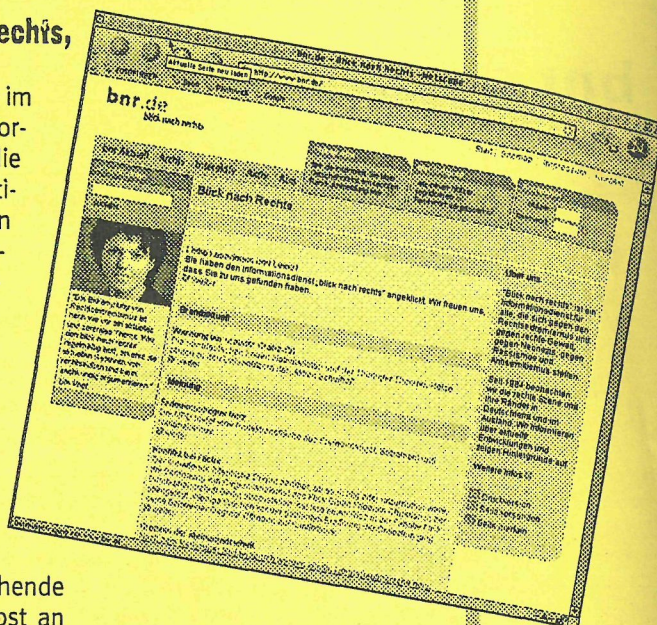
Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de

Liebe Leserinnen und Leser des **blick nach rechts**,

seit Mai dieses Jahres erscheint der bnr jetzt vollständig im Internet. Wir sind damit in der Lage, viel schneller Informationen zu liefern. Online veröffentlichen wir aktuell die Beiträge und Nachrichten, greifen in Kommentaren politische Geschehnisse auf. Regelmäßig findet sich auf den Seiten von bnr.de auch Hinweise auf interessante Veranstaltungen. Dabei gilt: Weiterhin gibt es alle 14 Tage eine Ausgabe des **blick nach rechts**, nur eben online. Als Abonnent von bnr.de können Sie selbst entscheiden, wie Sie den **blick nach rechts** lesen wollen: jeden einzelnen Artikel am Bildschirm oder ausgedruckt und damit wie bisher auf Papier. Wenn Sie bnr.de abonnieren, haben Sie auch die Möglichkeit in früheren Ausgaben des **blick nach rechts** zu blättern. In unserem umfangreichen Archiv können Sie kostenfrei stöbern.

Es ist ganz einfach: Entweder Sie füllen das unten stehende Bestellformular aus und senden es per Telefax oder Post an den Berliner vorwärts Verlag zurück. Oder Sie klicken auf bnr.de und bestellen Ihr Online-Abo gleich selbst. Und das zu dem günstigen Jahrespreis von 9,80 €.



Berliner vorwärts
Verlagsgesellschaft mbH
– Vertrieb –
Stresemannstraße 30
10963 Berlin

bnr.de
blick nach rechts

jetzt abonnieren!

Ich beziehe

☐ das Online-Jahresabo für 9,80 €

Datum

Unterschrift

Widerrufsgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Vertrieb, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin widerrufen werden.

Zahlungsweise

☐ Bankeinzug ☐ Rechnung

Vorname

Nachname

Telefon

Straße

PLZ/Ort

E-Mail

Geldinstitut

Kto-Nr.

BLZ

Datum

Unterschrift

Kunden-Nr.

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130 • Fax (0 30) 2 55 94 - 199 • E-Mail vertrieb@vorwaerts.de